

# AKW-Bauschutt wird deponiert

Umweltminister weist Müll aus Kernkraftwerken Entsorgungsbetrieben in Lübeck und Ostholstein zu – und stößt auf Widerstand

Von Kay Müller

**KIEL** Jan Philipp Albrecht greift zum letzten Mittel. „Am Ende müssen wir für die Entsorgung des Abfalls sorgen“, sagt der Umweltminister – und meint damit die 50 000 Tonnen des so genannten frei gemessenen Mülls aus den drei Kernkraftwerken in Schleswig-Holstein. Jetzt hat er die ersten 18 000 Tonnen aus dem Atomkraftwerk Brunsbüttel den Deponien in Lübeck-Niemark und Johannistal (Kreis Ostholstein) zugewiesen, die den Müll bis Ende 2022 aufnehmen müssen. Ab April könnten erste Transporte rollen. „Wenn in dem Kreis, in dem das Kraftwerk steht, keine Entsorgung möglich ist, muss eine abfallrechtliche Zuweisung erfolgen“, sagt der Grünen-Politiker. Sonst entstünden illegale Deponien.

Albrecht ist wichtig, dass es sich bei dem Schrott aus den Kraftwerken nicht um Atom-müll handelt. „Das ist ganz normaler Abfall, nur dass er aus einem Kernkraftwerk kommt.“ Dabei handelt es sich um Bauschutt, Isoliermaterial oder Elektrogeräte, die nicht recycelt werden können, wie es bei 90 Prozent des Abfalls der Fall ist, der beim Rückbau anfällt (siehe Grafik). Der

Müll wird frei gemessen, was bedeutet, dass die Umwelt mit nicht mehr als 10 Mikrosievert pro Jahr belastet wird. Die natürliche Strahlenbelastung in Deutschland betrage im Mittel 2100 Mikrosievert pro Jahr, sagt der Leiter der Atom-aufsicht, Jan Backmann. „Es gibt keine Gefährdung von Menschen durch die Abfälle“, ergänzt Albrecht. Vertreter von Anti-Atom-Initiativen bestreiten das.

Albrecht und sein Vorgänger Robert Habeck haben seit Jahren versucht, eine Einigung zwischen Kernkraftwerksbetreibern, Bürgerinitiativen und Deponien darüber zu erzielen, wo der Müll hin soll. Das hat allerdings nur in Wiershop (Herzogtum Lauenburg) geklappt, wo die lokale Deponie den Abfall aus dem abgeschalteten Kernkraftwerk Krümmel aufnimmt – allerdings auch nur den. „Das ist ein Erfolgsmodell, das bundesweit einzigartig ist“, sagt Albrecht, der hofft, dass das auch an anderen Standorten in Schleswig-Holstein funktionieren kann.

Allerdings weiß er auch, dass es überall erhebliche Widerstände gegen die Deponierung des Mülls gibt. In Harrislee bei Flensburg, wo es aus Sicht des Ministeriums ebenfalls eine

potenziell geeignete Deponie gibt, hatte sich eine Bürgerinitiative gegründet, die weiter aktiv bleiben will. „Der Beschluss ist kein Grund zur Freude. Grundsätzlich ist es unverantwortlich, radioaktive Abfälle auch mit einer sehr geringen Radioaktivität über die konventionelle Abfallwirtschaft zu entsorgen“, sagt Angela Wolff von der Bürgerinitiative Atom-müll Einlagerung Stopp Harrislee. „Wir sind solidarisch mit den Menschen in Lübeck und Ostholstein.“ Harrislee ist genauso

wenig wie die Deponie in Großenaspe (Kreis Segeberg), die einen Entsorgungsvertrag mit dem Kreis Dithmarschen hat, aus dem Rennen. In einem zweiten Schritt wären sie ab Ende 2022 potenziell geeignet, weiteren Müll aus den Kernkraftwerken aufzunehmen, so Albrecht. Ausschlaggebend für die jetzt beabsichtigte Zuweisung an die Deponien Niemark und Johannistal sei „der breite Katalog der zugelassenen Abfallarten, die geeigneten technischen Umsetzungsmöglichkeiten, aber auch deren verfügbares Restvolumen“ gewesen, so der Minister, der gerichtliche Auseinandersetzungen nicht ausschließt, die die Deponierung des Abfalls verzögern könnten.

Unmut löst die Zuweisung auch in der Gemeinde Gremersdorf aus, in der die Deponie Johannistal liegt. „Wir sind nicht glücklich über die Zuweisung des Schutts“, sagt Bürgermeister Henning Pries (CDU). Auch wenn von dem Material keine Gesundheitsgefahr ausgehe, Sorge er sich um den möglichen Schaden durch irrationale Ängste. „Wir werden prüfen, ob die Zuweisung rechtssicher ist“, sagt Axel Gutmann, Geschäftsführer des Deponiebetreibers. Für ihn sei im-

mer klar gewesen, dass er den Müll nicht will. „Und dabei bleibt es auch.“

Auch in Lübeck gibt es Protest. Dort hatte die Bürgerschaft einen Beschluss gefasst, den Müll nicht in der Deponie aufnehmen zu wollen. Umweltsenators Ludger Hinsens sagt jetzt: „Wir werden den Entwurf aus dem Ministerium mit Hilfe einer externen Rechtsanwaltskanzlei überprüfen und dazu kritisch Stellung nehmen.“

Die Entsorgung sowie die Gutachten des Landes, die die Eignung der Deponien belegen sollen, müssen die Betreiber der Kernkraftwerke bezahlen. Das Land sei verpflichtet, regionale Entsorgungen zu nutzen, sagt Jan Backmann. „Wir sind darauf angewiesen, dass die Abfälle deponiert werden, weil uns die Lagerflächen am Kraftwerk ausgehen“, sagt Barbara Meyer-Bukow vom Brunsbütteler Kraftwerksbetreiber Vattenfall. „Es besteht sonst die Gefahr, dass der Rückbau ins Stocken gerät.“

Das will auch Albrecht unbedingt verhindern. „Ich verstehe jeden, der Müll aus Kernkraftwerken nicht in seiner Nähe haben will, aber er muss ja irgendwo hin.“

> **Weitere Infos:** [www.schleswig-holstein.de/akw-rueckbau.de](http://www.schleswig-holstein.de/akw-rueckbau.de).

## ABFÄLLE aus AKW-Abbau

